

# SOLIDARITÄT STATT SPALTUNG NEUE IDEEN IN DEN KREISTAG

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2016  
für den Landkreis Gifhorn

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Gifhorn

# Einleitung

Liebe Wählerinnen und Wähler,

bei der Kommunalwahl vor fünf Jahren ist DIE LINKE erstmals nach der Parteigründung in den Kreistag des Landkreises Gifhorn eingezogen. Die Stimmen reichten "nur" für ein Einzelmandat, aber es war ein positives Signal - zumal nur wenige Stimmen an einer Fraktionsstärke fehlten.

Allen Wählerinnen und Wählern, die uns damals ihr Vertrauen schenkten, möchten wir unseren herzlichen Dank aussprechen. Es ist Ihr gutes Recht, zu erfahren, was Ihre Stimmen bewirkt haben. Deshalb möchten wir in diesem Vorwort versuchen, die wesentlichen Dinge zusammen zu fassen:

Zunächst erhielt Herr Uwe Andersen aus Wittingen das Mandat, das er leider nach einem Jahr aus privaten Gründen abgeben musste. Herr Andersen brachte die Fraktionsbildung Grüne/Linke/Piraten mit auf den Weg. Zusammen mit der SPD wurde eine Mehrheitsgruppe im Landkreis gebildet.

Im Oktober 2012 übernahm Herr Harald Heuke als Nachrücker den Sitz. Eine zweite IGS wurde schnell auf den Weg gebracht und 2014 in Gifhorn eingerichtet. Aufgrund der starken Nachfrage wurde noch eine dritte IGS in Wittingen errichtet.

Verkauf der Klinik von Rhön an Helios, Vetorecht des Landkreises, DIE LINKE reichte Antrag zur Prüfung auf Rekommunalisierung ein, der Antrag fand neben unserem Abgeordneten Heuke lediglich zwei weitere Befürworter. Verkauf mit Unterstützung der Grünen und Piraten - die Folgen spüren die Patientinnen und Patienten, ebenso die Beschäftigten.

Durch die Neuwahl des Landrats, Dr. Ebel (CDU), änderten sich die Mehrheitsverhältnisse, nur durch DIE LINKE blieb es bei einer Einstimmenmehrheit. Durch den Einfluss von Harald Heuke wurde sichergestellt, dass der Landkreis Photovoltaik-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden kauft und auch betreibt.

Zur strittigen Frage der Ortsumgehung Meine entwickelte Herr Heuke einen Vorschlag; eine Tunnellösung ähnlich wie am Bahnhof Wolfsburg. Trotz Unterstützung einiger Bundestagsabgeordneten wurde der Vorschlag aus Kostengründen vom Land Niedersachsen abgelehnt. Zum Thema A 39 hat der Harald Heuke stets die einheitliche Position der LINKEN gegen diesen unsinnigen Ausbau vertreten.

Zur Kasernierung der Geflüchteten in Ehra schlossen wir uns dem niedersächsischen Flüchtlingsrat an, der sich dagegen ausgesprochen hatte. Ebenso sprach sich DIE LINKE gegen die Lager Meinersen und Clausmoorhof aus. Wir treten nach wie vor für eine dezentrale und menschenwürdige Unterbringung ein.

Als weitere Erfolge unserer Arbeit sind neue Naturschutzgebiete an Aller und Ise anzusehen, die bei den maroden Mehrheitsverhältnissen ohne die Unterstützung des LINKEN-Abgeordneten wohl nicht realisiert worden wären.

Ebenso sei zu erwähnen, dass die Resolution zum Erhalt der Arbeitsplätze bei Continental von Herrn Heuke über die Fraktion in den Kreistag eingebracht und einstimmig angenommen wurde.

Dies war kein umfassender, sondern nur ein kleiner Rückblick in die Arbeit der LINKEN im Gifhorer Kreistag. Auf die Mitglieder des neuen Kreistags kommen weitere Entscheidungen zu, für die es wichtig ist, dass wir künftig mit einer starken Vertretung für soziale Gerechtigkeit und zum Wohle der allermeisten Bürgerinnen und Bürger eintreten und streiten können.

**Deshalb am 11.09.2016 DIE LINKE wählen.**

Unser Programm zu den einzelnen Politikfeldern stellen wir im Folgenden vor.

# 1. Soziale Sicherheit ist ein Menschenrecht

## Armut bekämpfen

Die Schere der Einkommensverteilung ist weiter auseinander gegangen, das Armutsrisiko ist nicht nur in Niedersachsen, sondern auch in unserem Landkreis gestiegen. Mit der Einführung der Hartz-IV-Gesetze wurde die Spaltung dieser Gesellschaft in Arm und Reich weiter forciert. DIE LINKE sieht sich in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dieser Gesetzgebung bestätigt! Hartz IV hat sich als ungeeignetes Mittel erwiesen, die Erwerbsfähigkeit von Menschen zu erhöhen, Perspektiven auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt zu bieten und für mehr existenzsichernde Arbeit zu sorgen.

Das Gegenteil ist der Fall: Die Erwerbslosigkeit hat sich auf einem sehr hohen Sockel manifestiert, prekäre Beschäftigungen und Leiharbeit haben zugenommen. Mit den offiziellen Arbeitslosenzahlen wird nicht die tatsächliche Erwerbslosigkeit dargestellt.

Arbeitgeber gehen immer mehr dazu über, Beschäftigte mit Teilzeitverträgen oder befristeten Verträgen anzustellen. Diese Arbeit sichert nicht einmal mehr das Existenzminimum, so dass Geringverdienende im Job-Center noch zusätzliche Leistungen zum Lebensunterhalt beantragen müssen.

DIE LINKE setzt sich für eine repressionsfreie Mindestsicherung ein, stellt auch auf kommunaler Ebene die Kritik an den Armut bringenden Gesetzen in den Mittelpunkt der Politik und unterstützt die lokalen Initiativen.

DIE LINKE wird im Kreistag fordern:

- Veröffentlichung von Armutsberichten.
- Mobilitätskosten nach örtlichen und persönlichen Bedingungen anzuerkennen. Einführung eines Sozialtickets für den Öffentlichen Personennahverkehr, welches maximal 50% der regulären Fahrpreise kostet.
- Zahlung der tatsächlichen Heizkosten des Wohnraumes.
- Finanzierung unabhängiger SGB II Beratungsstellen.
- Offene Diskussion zu den Tafeln, Unterstützung der Ehrenamtlichen.
- Absicherung und Ausbau der Sozialkaufhäuser.
- Bestandsschutz der Wohnungslosentreffs.
- Kostenloses Schulessen für Kinder aus Familien mit geringen Einkommen.
- Einrichtung von kreiseigenen Zweckverbänden für die Grundversorgung wie Wasser, Abwasser, Strom, Gas, Müll und Telekommunikation.
- Der Landkreis Gifhorn soll die gesetzlichen Möglichkeiten zu Gunsten der Einwohnerinnen und Einwohner nutzen, um die Praxis der Abschaltung von Strom- und Gaslieferung bei Schulden zu vermeiden.
- Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft.
- Nutzung aller Möglichkeiten, um Mietpreiserhöhungen bei Erst- und Neuvermietungen sowie bei laufenden Mietverhältnissen zu bremsen.
- Gewährung von vergünstigtem oder kostenlosem Eintritt in Kultureinrichtungen für Menschen mit geringem Einkommen, ohne den Etat der Einrichtungen zu verringern.
- Förderung und Unterstützung aller Vereine, die maßgeblich zur Integration beitragen.

## **Gesundheit und Pflege**

Seit Jahren findet ein Umgestaltungsprozess des Gesundheitssystems statt, der die gesetzliche Krankenversicherung als Hauptsäule des Gesundheitssystems zunehmend untergräbt und die gesundheitliche Versorgung der Patientinnen und Patienten zunehmend verschlechtert.

Krankenhäuser, Krankenkassen und Ärzte werden in einen Wettbewerb zueinander gedrängt, der weniger die Leistungen dafür aber viel mehr die Sparpolitik auf Kosten der Betroffenen und den Abbau der Dienstleistungen im Gesundheitsbereich fördert.

Ergebnis des „freien Gesundheitsmarktes“ sind in Niedersachsen, und auch schon im Landkreis Gifhorn, erste Versorgungslücken auf dem Land und in sozialen Brennpunkten der Städte. Die ambulante medizinische Versorgung weist zunehmend größere Lücken auf.

Für DIE LINKE gilt der Grundsatz: Gesundheit darf nicht zur Ware werden.

Deshalb fordern wir:

- Rekommunalisierung von privaten Krankenhäusern und Schaffung kommunaler Krankenhausverbände.
- Die Schaffung einer wohnortnahen, flächendeckenden und bedarfsgerechten Versorgung - der Ärztemangel muss überwunden werden! Notfalls müssen auch kommunale Anreizsysteme geschaffen werden.
- Präventive Einrichtungen ausbauen, dazu gehören kommunale Sucht- und Drogenberatung, psychosoziale Einrichtungszentren etc.

Unter dem Aspekt der demografischen Entwicklung kommt der Pflege eine besondere Bedeutung zu. Pflege orientiert sich in erster Linie an den individuellen Bedürfnissen der Menschen. Dem künftig hohen Fachkräftebedarf ist nur durch eine zukunftsfähige Ausbildung und der Veränderung der Attraktivität des Berufes zu begegnen.

Der bisherigen Praxis von Teilzeit- und befristeten Verträgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss gegengesteuert werden. Festverträge anstelle punktueller Arbeitszeiterhöhungen und prekärer Arbeitsverhältnisse schaffen Verbindlichkeiten und damit mehr Zufriedenheit der Beschäftigten. Nur so und mit einer verbesserten Ausbildungssituation ist die Herausforderung in der Zukunft sicherzustellen.

DIE LINKE fordert

- Eine bundeseinheitliche, stabile und verlässliche Finanzierung, die Raum für die Ausgestaltung und Entwicklung einer guten Ausbildungsqualität bietet.
- Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung im Sozialbereich.
- Beteiligung am Projekt „Demenzfreundliche Kommunen“ unter besonderer Beachtung der ländlichen Struktur.

## **Gegen Ausgrenzung und für Flüchtlingsrechte**

DIE LINKE erwartet, dass jeder Mensch in einem offenen Landkreis Gifhorn Schutz und Aufnahme findet. Der Status von Asylsuchenden wird immer weiter nach unten gedrückt. Damit wird ihre Integration gezielt verhindert, Ausländerhass und Fremdenfeindlichkeit werden damit Vorschub geleistet.

Die Kommunen tragen Verantwortung dafür, wie in ihrem Verantwortungsbereich mit Flüchtlingen umgegangen wird. Gerade hier können und müssen Anstrengungen für eine humane Asylpolitik unternommen werden. DIE LINKE unterstützt die Arbeit von lokalen Asyl- Freundeskreisen und Nachbarschaftsinitiativen gegen die bestehende Abschiebepaxis. Der Grundsatz in der kommunalen Asylpolitik muss lauten: Integration statt Abschiebung.

DIE LINKE fordert im Landkreis Gifhorn:

- Die Ausländerbehörde soll ihre Entscheidungspraxis dahingehend ändern, dass langjährige geduldete Menschen ein Bleiberecht erhalten, das ihren Aufenthalt langfristig absichert und Integration ermöglicht. Das schließt das Recht ein, arbeiten zu dürfen.
- Wir kritisieren die Zuwendungskürzungen für Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. DIE LINKE fordert Spielräume zur Ausgestaltung der Leistungsgewährung großzügig zugunsten der Schutzsuchenden auszulegen.
- Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften für dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen, keine Ghettoisierung.
- Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte.
- Unentgeltliche Sprachkurse und Unterstützung bei Unterricht in Volkshochschulen, Schulen und Kindergärten. Jedes Kind und jeder Jugendliche muss die allgemeinbildenden Schulen und Kindergärten in den Kommunen besuchen dürfen. Jugendliche Einwanderer müssen ohne Diskriminierung Zugang zu Ausbildungsplätzen erhalten.
- Unterstützung von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen bei der gleichberechtigten Integration und Teilhabe in allen Feldern des Arbeitslebens.
- Die nach geltendem Recht bestehenden Verbote für Flüchtlinge, sich außerhalb des zugewiesenen Landkreises aufzuhalten, sind durch Vereinbarungen benachbarter Kommunen zu entschärfen.

## 2. Menschen mit Behinderung: selbstbestimmte Teilhabe und Inklusion

In Niedersachsen leben mehr als 660.000 Menschen mit anerkannten schweren körperlichen, geistigen und/oder seelischen Behinderungen. Barrieren sowie ein gesellschaftliches Denken, das Menschen ohne Beeinträchtigung als Norm setzt und alle aussondert, die dieser „Normalität“ nicht entsprechen, behindern die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung, chronisch Kranker, älterer oder pflegebedürftiger Personen. Menschen mit Behinderung leben, lernen und arbeiten oft gesondert in Einrichtungen: Heime für Menschen mit Behinderung, stationäre Altenpflegeeinrichtungen, Förderschulen und auch die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM).

Dies widerspricht den anerkannten Menschenrechten, der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Eine gleichberechtigte, selbstbestimmte und gestaltende soziale Teilhabe durch Menschen mit Behinderung kann nicht abgesondert, sondern nur inklusiv gelingen.

**Die Gesellschaft hat sich den (behinderten) Menschen anzupassen – nicht umgekehrt.** Behindertenpolitik ist ein Querschnittsthema: Barrieren müssen im öffentlichen Nahverkehr, der Schule, in der Arbeitswelt, im Gesundheitssystem und in Kultureinrichtungen beseitigt werden. Inklusion verbessert die Lebensbedingungen für alle: Fahrstühle zu den Gleisen sind hilfreich für jeden Menschen mit Gepäck, mit Fahrrad und Kinderwagen, für alte Menschen wie auch für Menschen mit Behinderung. Leichte Sprache in Formularen ermöglicht Menschen mit geringen Schriftkenntnissen ihre Rechte besser zu verstehen und selbstbestimmt soziale Leistungen einzufordern. Die Förderung bestehender Wohn- und Werkstattprojekte, wie z.B. die der Lebenshilfe, bleibt unberührt.

DIE LINKE fordert:

- Die umfassende Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden (Toiletten, Induktionsschleifen für Hörbeeinträchtigte, Blindenleitsysteme) und im öffentlichen Nahverkehr.
- Die umfassende Barrierefreiheit in der öffentlichen Verwaltung bei Dokumenten und Formularen, Abfassung der Dokumente in leichter Sprache.
- Mehr barrierefreie und preiswerte Wohnungen.
- Mehr Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung.
- Genügend Anlaufstellen für die immer grösser werdende Zahl der psychisch kranken Menschen schaffen, um ihnen in ihren mitunter lebensbedrohlichen Zeiten Halt und Unterstützung zu geben.
- Die Vergabe öffentlicher Aufträge ausschließlich an Unternehmen mit tariflich bezahlten, barrierefreien Arbeitsplätzen.
- Regelmäßige qualifizierte Sozialberichterstattung unter Beteiligung von Betroffenen.
- Einführung des aktuellen Mindestlohnes für Beschäftigte in Behindertenwerkstätten.

### **3. Frauen- und Gleichstellungspolitik**

#### **Frauenpolitik als Querschnittsthema im Landkreis Gifhorn verankern!**

„Frauen und Männer sind gleichberechtigt“ heißt es im Grundgesetz. Die Gleichheit vor dem Gesetz wurde durch die Frauenbewegung hart erkämpft. Aber die Lebenspraxis von Frauen bleibt in unserer Gesellschaft immer noch weit dahinter zurück. Frauenpolitik heißt für DIE LINKE, für die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an allen Gütern, an Kultur, Bildung, Gesundheit etc. einzutreten.

Alle Geschlechter haben ein Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit, auf Zeit für Sorgearbeit in der Familie, für politische Arbeit genauso wie für Kultur. In diesem Sinn muss sich Frauenpolitik durch alle Politikfelder ziehen. Eine Stärkung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, sowie eine Sicherstellung der materiellen Grundlagen ihrer Arbeit ist dazu unabdingbar. Kommunen sollten Vorbild für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit sein.

Besonders wichtig bleibt der Kampf gegen Gewalt an Frauen, in der sich die (unmenschliche) Abwertung des weiblichen Geschlechtes verdeutlicht. Gewalt an Frauen findet in unserer Gesellschaft alltäglich statt, auch unsichtbar im häuslichen Bereich, ohne dass sie zum öffentlichen Skandal wird.

Die LINKE setzt sich dafür ein, dass Sexismus zum gesellschaftlichen „No Go“ wird, dass jeglicher Form der Abwertung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen eine entschiedene Absage erteilt wird. Der Kampf gegen Gewalt an Frauen bleibt zugleich eine große Herausforderung.

DIE LINKE wird sich im Kreistag einsetzen:

- Für den Erhalt und Ausbau autonomer Räume, in denen Frauen sich gegenseitig stärken und ihre Erfahrungen austauschen können.
- Für den Erhalt bestehender und den Ausbau neuer Frauenprojekte, insbesondere solche, die junge Frauen und Migrantinnen ansprechen.

Gleichstellung herzustellen ist immer auch eine Forderung, die gesellschaftliche Kultur zu verändern. Die Frauenpolitik der LINKEN ist darauf gerichtet, die gesellschaftlich notwendige Arbeit zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen. Frauen und Männer

sollen sich in Beruf und Familie engagieren, für ihre eigene Entwicklung sorgen und politisch auf die Gestaltung der Gesellschaft Einfluss nehmen können.

DIE LINKE fordert deshalb:

- Konsequente Gleichstellungspolitik, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in allen Kommunen, geschlechtergerechte Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst, Quotierung der Geschlechter in allen kommunalen Entscheidungsgremien.
- Regelungen zur Gleichstellung der Geschlechter auf dem privaten und öffentlichen Arbeitsmarkt.
- Der Aufgabenbereich der Gleichstellungsbeauftragten soll um den Themenbereich der Probleme von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgendern und Intersexuellen (LSBTTI) -Lebensweisen erweitert werden. Die nötigen Ressourcen hierfür müssen bereitgestellt werden.  
Der Landkreis Gifhorn soll einen Runden Tisch einrichten, der zur Gleichstellung von vielfältigen Lebensweisen mit sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern grundsätzliche und aktuelle Themen und erörtert.
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie: der gesetzlich garantierte Ausbau der Kitas muss umgesetzt werden und den Bedürfnissen der Erziehenden wie den betreuten Kindern entsprechen; jedem Kind muss ein kostenloser Kita-Platz zugesichert werden können.
- Die Schaffung förderlicher barrierefreier Bedingungen für gesellschaftliche Selbstorganisation.
- Die Erarbeitung kommunaler Teilhabepläne gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen.
- Kommunale Programme von Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten.

## 4. Politik für ältere Menschen

Das Recht auf ein würdiges, selbstbestimmtes Leben darf nicht mit dem Beginn der Rente enden. Immer mehr Menschen sind von Altersarmut bedroht oder betroffen. Immer häufiger sind ältere Menschen auf ergänzende staatliche Leistungen wie die Grundsicherung angewiesen oder gehen Nebenbeschäftigungen nach – obwohl sie eigentlich nicht mehr fit genug dafür sind –, statt das Rentendasein genießen zu können.

Wir werden immer älter, die Mobilität im Alter nimmt ab, die Notwendigkeit ärztlicher Behandlung oder pflegerischer Versorgung nimmt jedoch zu. Der vielfach schlechte Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Ärztemangel und unzureichend ambulante Pflegeeinrichtungen werden dem nicht gerecht. Ebenso wird zu wenig für gesunde, agile „Alte“ getan.

DIE LINKE fordert:

- Kommunale Seniorenpläne für Landkreise, Städte und Gemeinden.
- Kommunal geförderte Mehrgenerationenprojekte und -häuser.
- Seniorenbüros einzurichten bzw. zu erweitern und Seniorenbeiräte zu stärken.
- Treffpunkte wie Dorfgemeinschaftshäuser und Stadtteilzentren mit integrativen Konzepten für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen.
- Ausbau der ambulanten, durch die Kommunen kontrollierten Pflege – selbstverständlich unter Einbeziehung einer verbesserten personellen Ausstattung bei erhöhtem Pflegebedarf.
- Verbesserung des Personalschlüssels auch in stationären Einrichtungen unter Kontrolle der Kommune.

- Förderung von Senioren-Wohngemeinschaften und erschwinglichen generationsübergreifenden Wohnprojekten.
- Seniorenhausbeiräte o.ä. für mehr Mit- und Selbstbestimmung in diesen Einrichtungen
- Den Ermessensspielraum der örtlichen Verkehrsbehörden zu nutzen und somit die Möglichkeit zur Nutzung von Behindertenparkplätzen oder die kostenfreie Nutzung von Parkflächen mittels Behindertenausweis oder ärztlicher Bescheinigung für Menschen, die aufgrund ihres Alters oder Krankheit Anspruch auf einen Behindertenparkausweises haben, zu schaffen.

## 5. Wirtschaft

### **Sinnvolle und menschengerechte Arbeit organisieren**

DIE LINKE setzt sich auf allen politischen Ebenen für Mindestlöhne von mindestens 12 Euro, reguläre Arbeitsverhältnisse und öffentlich geförderte Beschäftigung ein. Der Landkreis als öffentlicher Arbeitgeber kann beispielsweise bei der Berufsausbildung seiner Vorbildfunktion gerecht werden oder kommunale Eigenbetriebe gründen. Die in den Kreistag gewählten Politiker müssen bei allen Entscheidungen soziale und beschäftigungspolitische Gesichtspunkte berücksichtigen.

- Firmen, die sich nicht an Tarifverträge halten, Billigjobs anbieten oder viele Leiharbeiter beschäftigen, dürfen keine Aufträge des Landkreises Gifhorn erhalten! Regionale Betriebe müssen durch Änderung der Ausschreibungsmodalitäten stärker gefördert werden.
- In Zusammenarbeit mit dem Jobcenter sollte in unserem Landkreis ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor organisiert werden, der gemeinnützige Arbeit im Sozial-, Bildungs- und Umweltbereich anbietet.
- Wir fordern die alleinige Förderung von existenzsichernden und gemeinwohlorientierten Arbeitsverhältnissen statt Hartz IV.
- Kein Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern in kreiseigenen Unternehmen und Unternehmen mit kreiseigener Beteiligung.
- Förderung des kleinteiligen Einzelhandels statt Genehmigung weiterer Groß-Einkaufszentren.
- Konsequentes Eintreten des Landkreises Gifhorn dafür, dass auf seinem Territorium weder Rüstungsproduktion noch Forschung für militärische Zwecke stattfindet.
- Förderung von Gewerbe- und Gründerzentren für kleine und mittelständische Unternehmen.
- Ausrichtung der Beratungs- und Unterstützertätigkeit des Jobcenters auf Studierende, die nach ihrem Hochschulabschluss keinen unmittelbaren Berufseinstieg finden.

### **Alternative Energiepolitik**

Der Klimawandel und der nach wie vor steigende Verbrauch fossiler, nur begrenzt verfügbarer Brennstoffe erfordert eine grundlegende Energiewende. Diese Umkehr in der Energiepolitik muss auch von den Kommunen energisch betrieben werden. Die dafür notwendigen Maßnahmen der Energiewende sind allerdings so zu gestalten, dass untere Einkommensschichten nicht zusätzlich mit Kosten belastet werden. Eine Steuerung des Energieverbrauchs allein über den Preis kann nicht funktionieren, weil so die notwendige Akzeptanz in allen Schichten der Bevölkerung nicht erzielt werden kann. Die Energiewende muss ökologisch und sozial zugleich sein!



Die von den Energiekonzernen in den letzten Jahren erzwungenen Preiserhöhungen für Gas und Strom belasten Millionen Haushalte und die mittelständische Wirtschaft. Sie entziehen dem Binnenmarkt Kaufkraft und vernichten somit Arbeitsplätze. DIE LINKE will die Energiewirtschaft vergesellschaften, weil so am besten soziale und ökologische Ziele umgesetzt werden können.

Als Rechtsträger bieten sich hierfür die Kommunen in der Form von Stadtwerken oder kommunale Zweckverbände an, in denen sich mehrere Gemeinden oder Städte zusammengeschlossen haben. DIE LINKE setzt auf Energieeinsparung, Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger, nachhaltige Technologien und eine möglichst dezentrale Energiegewinnung und -versorgung. Für eine zukunftsgerechte Energiepolitik ist die Atomenergie völlig ungeeignet. DIE LINKE will den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Diese Form der Energieerzeugung ist gefährlich und im Hinblick auf die ungelösten Endlagerprobleme für kommende Generationen unverantwortlich.

Für Kommunen, die entlang aller Atom-Transportstrecken liegen, muss die Veröffentlichung von Katastrophenplänen gefordert werden, um so die Bevölkerung über ihre Gefährdung durch diese Transporte zu informieren.

DIE LINKE fordert ein kommunales Energiekonzept:

- Kommunale Gebäude, Schulen, Verwaltungsgebäude oder Sportanlagen sowie die Gebäude kommunaler Wohnungsbaugesellschaften sollen eine Vorreiterrolle bei Energiesparmaßnahmen spielen und für Fotovoltaik-Anlagen genutzt werden. Entwicklung und Bau von Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung als Blockheizkraftwerken sowie Anlagen zur Nutzung der Erdwärme müssen unterstützt und gefördert werden. Die Nahwärmenutzung ist auszubauen. Gerade bei der Ausweisung von neuen Wohngebieten ist die Errichtung zugehöriger Blockheizkraftwerke von vornherein mit einzuplanen.
- Die Nutzung erneuerbarer Energien, wie Wind- und Solarenergie, Sonnenkollektoren zur Warmwassergewinnung soll dezentral, ökologisch verträglich und im Einklang mit den Belangen der Bevölkerung ausgebaut werden (Mindestabstand zu Wohngebieten mit Bürgerbeteiligung festlegen). Der weitere Ausbau von Biogasanlagen wird aufgrund des immensen Flächenbedarfs und dem damit verbundenen Einschränkungen für den Anbau von Nahrungsmitteln von uns abgelehnt.
- Der Landkreis soll die Gründung von Bürgersolargemeinschaften fördern.
- Wir befürworten eine Bürgerbeteiligung an Windkraftanlagen. Das heißt, dass die Bürger am Profit beteiligt werden müssen. Unter anderem durch Anleihen und Aktienbeteiligung und einem finanziellen Ausgleich für die Beeinträchtigungen, denen sie durch die Anlagen ausgesetzt sind. Die Kosten der Bürgerbeteiligung werden von den Betreibern und den Grundstückseigentümern getragen.
- Aufnahme energetischer Standards bzgl. Wärmedämmung, effektiver Heizungssysteme und Möglichkeiten alternativer Energienutzung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen. Allein eine baurechtliche Vorgabe, dass Dachflächen nach Süden auszurichten sind, würde die Möglichkeiten für Fotovoltaik-Zellen und solare Wärmegegewinnungsanlagen verbessern.
- Einrichtung einer kommunalen Energieberatungsagentur. Derartige Beratungen könnten auch in Kooperation mit den Verbraucherzentralen erfolgen.
- Übertragung der kommunalen Durchleitungsrechte an Stadtwerke oder kommunale Zweckverbände. Wenn bislang die Energieversorgung über privatwirtschaftlich organisierte Energielieferanten organisiert ist, ist auch die Gründung neuer Stadtwerke - wie zum Beispiel in Gifhorn - oder kommunaler Zweckverbände anzustreben. Für den Energieverbrauch sind Sozialtarife einzuführen. Dies wäre z. B. in der Form möglich, dass die Grundversorgung mit Energie zu einem niedrigen Tarif erfolgt, ab einer bestimmten Grenze der darüber hinausgehende Energieverbrauch aber nach

einem höheren Tarif berechnet wird. Dadurch würden unverhältnismäßig große Wohnungen und Haushalte mit besonders verschwenderischem Energieverbrauch höher belastet.

- Alle baulichen Maßnahmen sind unter dem Blickwinkel einer Ressourcen- und Energieeffizienz zu planen. Die Dächer öffentlicher Gebäude sollen mehr für Solartechnik genutzt werden.

## **Landwirtschaft nur ökologisch und sozial zukunftsgerecht**

Die moderne Industrialisierung der Landwirtschaft beinhaltet Massentierhaltung und Monokulturen. Die Massentierhaltung bedeutet für die Tiere ein kurzes Leben permanenter Qualen, Ängste und Schmerzen. Der massive Antibiotikaeinsatz hat zudem für die Menschen und insbesondere Säuglinge schlimme Folgen. Neue Hühnerfarmen und Hähnchenmastanlagen zur Belieferung des gigantischen Wietzer Schlachthofes sind für unseren Landkreis reale Gefahren.

Monokulturen zur Belieferung von Biogasanlagen und zur Realisierung von Biospritprogrammen werden von uns LINKEN abgelehnt. Preissteigerungen bei Lebensmitteln und sogar Hungersnöte sind die Folgen dieses Umgangs mit Nahrung. Die Spekulation mit Agrarrohstoffen verstärkt diese Tendenz und wird von uns entschieden abgelehnt. Als kleiner Beitrag zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung fordern wir die Verwendung von fair gehandelten Lebensmitteln in der Verwaltung und bei Veranstaltungen des Landkreises.

Vor Ort unterstützt DIE LINKE eine unserer Landschaft angepasste bäuerliche Landwirtschaft, die ökologisch ist und auf regionale Vermarktung setzt.

## **Naherholung, Freizeit, Tourismus**

Für immer mehr Menschen wird es schwieriger einen Urlaub zu finanzieren, Entspannung zu finden oder die Freizeit zu gestalten. Der Landkreis Gifhorn ist groß und abwechslungsreich. Wald-, Heide- und Naturschutzflächen; Aller, Ise und Oker; Tankumsee und Bernsteinsee; NABU-Artenschutz- und Otterzentrum; Schulmuseum Steinhorst; Bromer Burg; dörfliche Strukturen und die alten Stadtkerne von Gifhorn und Wittingen - eine unvollständige Zusammenstellung von Orten, die für kostengünstige Kurzurlaubs- und Naherholungsangebote genutzt werden können.

Landwirtschaftliche Monokulturen, die Massentierhaltung, die Zersiedelung durch zu viele Gewerbeflächen, Einkaufszentren und Wohngebiete und der drohende Ausbau der A39 müssen aber verhindert werden, um die touristische Attraktivität zu erhalten.

Öffentliche Zuschüsse für Freizeiteinrichtungen, Gastronomiebetriebe oder kulturelle Einrichtungen müssen transparent und gerecht verteilt werden. Schießanlagen und Schützenhäuser zu subventionieren lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Stattdessen setzen wir uns für die Förderung von Sportstätten und Sportvereinen ein, die soziale Integrationsarbeit leisten.

## **6. Verkehrspolitik**

### **Verkehr heißt Grundrecht auf Mobilität**

Verkehr geht alle an. Menschen müssen immer größere Entfernungen zur Arbeit, zur Ausbildung oder zu Freunden und Verwandten zurücklegen. Andererseits führt ein rasantes Verkehrswachstum zu immer größeren Umweltbelastungen. Verkehr bietet vielen Menschen Arbeit, sei es in der Produktion von Fahrzeugen, durch den Bau und den Betrieb der

Verkehrswege oder im öffentlichen Verkehr. Verkehrspolitik bewegt sich in einem Spannungsfeld, in dem oft entgegengesetzte Interessen aufeinander treffen: Bürgerinnen und Bürger sind Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, vom Verkehr Belastete, aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Industrie und Verkehrsunternehmen.

Es bleibt aber festzuhalten: Der motorisierte Individualverkehr führt zu anhaltender Belastung der Umwelt, einer Gefährdung des Klimas und zu unverhältnismäßig hohem Energieverbrauch. Notwendig ist deshalb eine Verkehrswende, die den Anteil des öffentlichen Verkehrs erhöht, die Möglichkeiten des Fahrradverkehrs ausweitet und den Fußgängerinnen und Fußgängern ausreichend Bewegungsraum einräumt.

DIE LINKE will, dass alle Menschen, selbstbestimmt und ohne auf die Hilfe anderer angewiesen sein zu müssen, mobil sein können. Das muss auch für die gelten, die kein Auto besitzen oder in ländlichen Regionen leben, unabhängig davon, ob sie arm oder reich sind. Mobilität ist für DIE LINKE ein Grundrecht und in modernen Gesellschaften unverzichtbar für die Teilnahme am öffentlichen und sozialen Leben. Mobilität ist nicht nur notwendig, um einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können, sondern auch eine wichtige Voraussetzung dafür, dass jeder Mensch die verschiedenen kulturellen Angebote und Freizeitmöglichkeiten wahrnehmen kann. DIE LINKE will diese Ziele mit einem wirksamen Klimaschutz verbinden.

DIE LINKE will den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu einer echten Alternative zum Auto ausbauen. DIE LINKE bekämpft dabei jedoch nicht das Auto und auch nicht die Autofahrerinnen und die Autofahrer. Das Auto wird solange das am häufigsten genutzte Verkehrsmittel bleiben, wie der ÖPNV keine gute Alternative zum selbst genutzten Auto darstellt. Dies gilt insbesondere in ländlichen Regionen.

DIE LINKE stellt deshalb insbesondere folgende Forderungen für den Landkreis Gifhorn auf:

- Die schnellstmögliche Realisierung und Weiterentwicklung des geplanten Regionalbahnkonzeptes.
- Der öffentliche Personennahverkehr muss in öffentlichen Eigentumsformen bleiben bzw. gelangen, d.h. es gilt die VLG zu verbessern statt private Busunternehmen zu fördern.
- Bedarfsorientierter Ausbau des ÖPNV mit guten Anbindungen und besserer Vernetzung, auch in den Ferien und nachts.
- Entwicklung eines Konzepts für eine fahrscheinlose Nutzung des ÖPNV.
- Mehr „Park&Ride“-Plätze und „Bike&Ride“-Plätze.
- Sichere Radwege an allen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen, geschlossenes Radverkehrsnetz unter besonderer Berücksichtigung von Radwegen, die überwiegend von SchülerInnen genutzt werden.
- Bereinigung von Unfallschwerpunkten und Barrieren im Radverkehr.
- Die Verkehrssicherheit soll an Unfallschwerpunkten, insbesondere in Wohngebieten, vor Kindertageseinrichtungen und Schulen erhöht werden.
- Keine Planung neuer Straßen, sondern Sanierung bestehender Verbindungen.
- Bürger- und umweltfreundliche Ortsumgehungen (z.B. B4 zwischen Gifhorn und Braunschweig).
- Kein weiterer Ausbau der Autobahn A 39.
- Umfassender Lärmschutz an den Straßen und konsequente Geschwindigkeitsbegrenzungen.
- Realisierung eines Sozialtickets.

## **Keinen weiteren Ausbau der A 39!**

Das bereits vorhandene Teilstück der A 39 zwischen der A 2 und Wolfsburg bringt eine Entlastung der Arbeitnehmer, die täglich den Weg zur Arbeit ins VW-Werk zurücklegen müssen.

DIE LINKE steht dem Weiterbau der geplanten A 39 von Tappenbeck bis Ehra kritisch gegenüber. Der derzeitige Kostenstand laut dem Projektinformationssystem (PRINS) des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) beträgt 155,3 Mio. Euro. Als Transitautobahn für eine schnelle Verbindung nach Hamburg bringt sie keinen Nutzen für die Bürger der betroffenen Orte. Ortsansässige Geschäfte und Handwerksbetriebe leiden unter der Abwanderung ihrer Kunden.

Nach bisherigen Prognosen wird mit einem LKW-Anteil von 52 % gerechnet. Wir halten es für nicht akzeptabel, dass die A 39 an manche Orte bis zu 50 Meter heran geführt werden soll und dadurch Ortschaften zerschneidet. In diesen Dörfern wären manche Häuser kaum noch bewohnbar, die Lärm- und Umweltbelastung unerträglich, der Wertverlust der Häuser immens und die Lebensqualität würde erheblich sinken. DIE LINKE im Landkreis setzt sich deshalb für den weiteren Ausbau der B4 und für leistungsfähige Ortsumgehungen ein.

Unentschlossene sollten in der Abwägung einer durchgehenden A 39 bis Lüneburg folgendes Argument in ihrer Entscheidungsfindung mit berücksichtigen: Neue Autobahnabschnitte entlasten keinen Verkehr, sondern ziehen die Verkehrsströme nochmals an!

Für den Landkreis Gifhorn, Wolfsburg und Braunschweig würde das konkret bedeuten, dass die Verkehrsströme aus Hamburg bis Rostock Richtung Süden sich dann durch das Nadelöhr Wolfsburg bis Braunschweig und umliegenden Ausweichstraßen durch unseren Landkreis zwängen würden. Beim VW-Schichtwechsel ist auf der A39, wie auf umliegenden Straßen - auch heute schon - der Stau vorprogrammiert. Diesen Aspekt verschweigen diverse einseitige Auftragsgutachten!

## **7. Kommunale Finanzen**

Bei den Kommunal финанzen geht in Niedersachsen die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Während einige Kommunen in den letzten Jahren ihren Haushalt mit einem Überschuss abschlossen und auch ihre Kassenkredite teilweise sogar auf Null reduzieren konnten, steigen in den ärmsten Kommunen Niedersachsens Verschuldung und Kassenkredite weiter an. Dabei leiden diese Kommunen einerseits unter geringen Steuereinnahmen aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und ächzen gleichzeitig unter der steigenden Ausgabenlast durch die Hartz-IV-Wohnkosten.

Für DIE LINKE steht fest: Die chronische Unterfinanzierung von Kommunalhaushalten kann nur durch eine grundlegende Gemeinde-Finanzreform im Bund wirklich beseitigt werden. Nur hier können die Weichen für eine Verbesserung der Einnahmesituation der Kommunen z.B. durch Einführung einer Gemeinde-Wirtschaftssteuer gestellt werden. Ohne diese verkommt kommunale Selbstverwaltung zu einem Instrument der Durchsetzung von vermeintlich „alternativlosem“ Sozial- und Kulturabbau. DIE LINKE fordert ein Ende dieser Sachzwang-Logik. Trotzdem stehen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der LINKEN hier und heute in kommunaler Verantwortung und können sich den Problemlagen vor Ort nicht mit Verweis auf dringend erforderliche politische Veränderungen im Bund und in den Ländern verweigern.

LINKE Kommunalpolitik muss das Spannungsverhältnis zwischen berechtigten Erwartungen in den konkreten kommunalen Problemlagen und den durch eine falsche Politik auf anderen Ebenen hierfür eng gesteckten Grenzen aushalten. Das erfordert, vertretbare Prioritäten zu setzen, die Ursachen und Verantwortlichkeiten für begrenzte Handlungsspielräume klar zu benennen und mit Einwohnerinnen und Einwohnern und zivilgesellschaftlichen Initiativen einen intensiven und ehrlichen Dialog hierüber zu führen.

## **Eckpunkte einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung:**

- Pauschale Haushaltskürzungen sind in der Regel kontraproduktiv und führen zu Sozialabbau und wirtschaftlicher Stagnation.
- Transparenz der Haushaltsstrukturen und der Finanzlage sind die Grundlage linker Haushaltspolitik.
- Kommunale Initiativen nach einer höheren Beteiligung der Kommunen am Länderfinanzausgleich sind durch den Landkreis zu unterstützen.
- Der Personalabbau in den Verwaltungen, der regelmäßig zur Arbeitsverdichtung führt, muss gestoppt werden. Nur so kann Kompetenzverlust und in der Folge das Erfordernis des Einkaufs teurer externer Beratungsexpertise verhindert werden. Priorität muss auf den Erhalt der sozialen, ökologischen und kulturellen Einrichtungen- und Trägervielfalt gesetzt werden statt auf kommunale Prestigeprojekte.
- Beteiligungsmanagement intensivieren: Die Kommunen sollen sich im Sinne der Daseinsvorsorge kommunalwirtschaftlich betätigen. Bei entsprechender Wirtschaftsstruktur sollen kommunale Betriebsprüferinnen und -prüfer die Finanzbehörden der Länder bei der Durchsetzung der gebotenen Steuerlast unterstützen und hierbei kommunale Interessen sichern. Dies alles erfolgt im Rahmen eines umfassenden und konsequenten Steuervollzugs in Ländern wie Kommunen.
- Interkommunale Kooperationen müssen geprüft und dort genutzt werden, wo Kompetenzen gemeinsam gestärkt, kommunale Handlungsfähigkeit erhöht und Synergien erschlossen werden können.
- Haushaltsüberschüsse dürfen nicht zur langfristigen Verschlechterung der Einnahmesituation durch Steuersenkungen genutzt werden, sondern müssen für dringend benötigte Investitionen in die kommunale Infrastruktur z.B. in Schulen oder Kindertagesstätten eingesetzt werden.
- Zur Verbesserung der Einnahmesituation fordern wir die Prüfung neuer Einnahmequellen auf kommunaler Ebene z.B. durch die Einführung von Waffensteuern.
- Kommunale Investitionen wollen wir, falls es der kommunale Finanzrahmen nicht zulässt, durch Bürgeranleihen finanzieren, statt durch Kreditaufnahmen oder ÖPP-Finanzierungen die Gewinne von Banken und Finanzkonzernen zu steigern.

## **8. Kinder und Jugend - Schule und Bildung**

Anstelle von Chancengleichheit und Solidarität herrscht in vielen Bereichen unserer Gesellschaft das Prinzip „Teile und herrsche“, leider auch im Bildungsbereich. In Deutschland sind die Bildungschancen von Kindern wie kaum in einem anderen Staat von der sozialen Herkunft abhängig. Statt Förderung aller Begabungen durch angstfreies gemeinsames Lernen erfahren Schülerinnen und Schüler zu häufig Druck, Konkurrenz, Auslese und Ausgrenzung.

DIE LINKE arbeitet auf allen politischen Ebenen für Chancengleichheit und eine gebührenfreie Erziehung und Bildung vom Kindergarten über die Schule bis zum Studium oder zur Berufsausbildung. Im Gifhorner Kreistag werden wir uns deshalb für folgende Ziele einsetzen:

- Berufsbildende Schulen, Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen sollen die bestmögliche bauliche und personelle Ausstattung erhalten.
- Der Schülerverkehr durch die VLG muss verbessert und für Schüler aller Altersgruppen kostenfrei sein.
- Keine finanzielle Förderung von konfessionsgebundenen Schulen.

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Reinigungskräfte sind angemessen zu bezahlen.
- Ausbau des schulpyschologischen Dienstes und anderer Beratungstätigkeiten.
- Die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Sozialpädagogen, Jugendarbeit und Sportvereinen koordinieren.
- Etablierung eines attraktiven und preiswerten „Disco-Taxis“ im Landkreis.
- Wohnortnahe Kinderbetreuung und Tagespflege.
- Städtische Museen sollen für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren kostenlos sein.
- Bibliotheksgebühren für SchülerInnen, Studierende und Auszubildende abschaffen.
- Die Mitsprache- und Entscheidungsbefugnisse von gewählten Schülervvertretungen an Schulen sollen durch den Landkreis über die schulischen Angelegenheiten hinaus erweitert werden.
- Ausarbeitung einer Beteiligungssatzung, in der die Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen beschrieben werden. Demokratie muss früh erlebbar sein!

Neben den Anforderungen als Schulträger hat sich der Landkreis Gifhorn den Ansprüchen an eine zeitgemäße offene Jugendarbeit zu stellen. Integrative Freizeitangebote sollten unserer Meinung nach durch kostengünstige Jugendfreizeiten ergänzt werden. Der Landkreis, der vor vielen Jahren Freizeitheime und Zeltlager in Hohegeiß und Tossens betrieben hat, muss im Bereich der Ferienaktionen wieder aktiver werden, durch die Unterstützung gemeinnütziger Vereine, die Kinderferienfreizeiten anbieten.

### **Jugend braucht Freiräume!**

- Kreistagspolitiker und Verwaltung sollten außerdem alle Initiativen im Landkreis unterstützen, die ein breit gefächertes Angebot vom Kinderhaus (Mehrgenerationenhäuser) bis hin zu Jugendtreffs anbieten.
- Ausbau selbstverwalteter Jugendzentren, Ausstattung mit Computern und Internet-Zugang. In diesen sollen auch angemessene Angebote bereitstehen, die der Benachteiligung von Mädchen entgegenwirken.
- Zum Freizeitangebot der jungen Generation gehört auch, dass es wieder Diskotheken gibt und dass ein Disko-Bus etabliert wird.
- Förderung der Jugendkultur des Landkreises: Es gibt viele kreative Musikgruppen, denen Räume fehlen, zum Üben und um ihre Musik einem breiteren Publikum darbieten können.
- Damit Kinder und Jugendliche ihren Bewegungsdrang angemessen ausleben können, sollen Freizeitanlagen, z.B. Skateranlagen gefördert werden.
- Die hervorragende Arbeit der Jugendwerkstatt zu erhalten und auszubauen ist ebenfalls ein Anliegen der LINKEN.
- Bereitstellen von finanziellen Mitteln zur Gewalt- und Drogenprävention.

## **9. Kultur für Alle**

**Kultur ist ein bedeutendes Stück Lebensqualität und darf kein Luxus sein.**

Um ein vielfältiges Kulturangebot zu gewährleisten, ist es notwendig, Investitionen in Kultur durch die Kommune als Investition in die Zukunft zu verstehen und nicht als „freiwillige

Leistung“, die auch wegfallen kann.

Die Kommune hat die Verantwortung dafür, dass Kulturgenuß für Alle erschwinglich ist. Geringverdienenden und von zunehmender Armut bedrohten Menschen sind Kulturgutscheine für die gemeinnützige Bildungs- und Kultur GmbH zur Verfügung zu stellen. Die Kulturpolitik muss veränderten Lebenswelten und Sozialstrukturen sowie dem demografischen Wandel gerecht werden.

Aufgabe einer Kommune ist es, die Vielfalt von kulturellen Ausdrucksformen zu unterstützen und zu fördern. Es gilt, Räume für öffentlichen Diskurs und die Erprobung neuer Ideen zu schaffen. Eine lebendige Kulturszene ist auch ein Ausdruck für eine lebendige Kommune. Das bedeutet neben Erhalt und Ausbau vorhandener kultureller Einrichtungen auch die Förderung neuer Kulturformen.

**DIE LINKE** fördert:

- Die unterdrückten und kleineren Kulturen.
- Die kreativen und alternativen Kulturinitiativen.
- Die Bedürfnisse und Anforderungen der Jugendszene und ihrer subkulturellen Elemente.
- Die Umwelt- und Anti-Atom-Bewegungen.
- Die antimilitaristischen und antifaschistischen Initiativen.
- Kulturelle Traditionen aus anderen Kulturkreisen und interkulturelle Begegnung.

## **10. Umwelt, Demokratie und Verwaltung**

**DIE LINKE** fordert:

- An Straßen, Parks und Gewässern sollen Hecken und Sträucher angepflanzt werden, um Vögeln und Kleintieren mehr Schutzräume zu geben.
- Der Landkreis Gifhorn muss einen aktiven Beitrag leisten, um gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung keinen Raum mehr zu geben. Darüber hinaus soll der Landkreis im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv Initiativen, Bündnisse und Vereine, die sich in diesem Themenfeld engagieren, unterstützen.
- Bürgerbeteiligung vor und in Fachausschusssitzungen des Kreistags.
- Flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet und lückenloses Mobilfunknetz.
- Kreisweit kostenlose WLAN-Hotspots.



**ViSdP:**

Marion Köllner und Klaus Brinkmann

**DIE LINKE. – Kreisverband Gifhorn**

Braunschweiger Straße 13, 38518 Gifhorn

**Bürotelefon: 05371-9900588**

[www.dielinke-gifhorn.de](http://www.dielinke-gifhorn.de)

**Mut zur Veränderung  
Deshalb:  
Wählen gehen und  
3 Stimmen für DIE LINKE**